



Begründung zur

45. Änderung des Flächennutzungsplanes

(Bereich Nährstofflager Malstedt)

Samtgemeinde Selsingen

- Vorentwurf - (Stand: 29.11.2023)

Inhaltsverzeichnis

1.	PLANUNTERLAGE.....	3
2.	ÄNDERUNGSBEREICH.....	3
3.	STAND DER RÄUMLICHEN PLANUNG / PLANUNGSVORGABEN	3
3.1	Ziele der Raumordnung und Landesplanung	3
3.2	Vorbereitende Bauleitplanung	5
3.3	Verbindliche Bauleitplanung	6
4.	STÄDTEBAULICHE SITUATION	8
5.	PLANUNGSANLASS / PLANUNGSZIELE	8
6.	INHALT DER ÄNDERUNG	9
7.	PLANUNGSRELEVANTE BELANGE.....	9
7.1	Umwelt- und Naturschutz sowie Landschaftspflege	9
7.2	Wasserwirtschaft.....	10
7.3	Verkehr	10
7.4	Wirtschaft	10
7.5	Freizeit / Erholung / Tourismus	10
7.6	Immissionsschutz.....	10
7.7	Denkmalschutz	11
7.8	Ver- und Entsorgung.....	11
8.	UMWELTBERICHT.....	11

1. PLANUNTERLAGE

Die Planzeichnung für die vorliegende 45. Änderung des Flächennutzungsplanes ist unter Verwendung einer digitalen Kartengrundlage aus dem amtlichen Liegenschaftskataster im Maßstab 1 : 5.000 erstellt worden.

2. ÄNDERUNGSBEREICH

Der ca. 2,56 ha große Bereich der 45. Flächennutzungsplanänderung liegt in der Gemeinde Deinstedt, ca. 800 m südöstlich des Ortsteils Malstedt an der Farvener Straße (K 122) und umfasst Teile des Flurstückes 51/8 der Flur 2, Gemarkung Malstedt. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung, die räumliche Lage des Änderungsbereiches der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen.

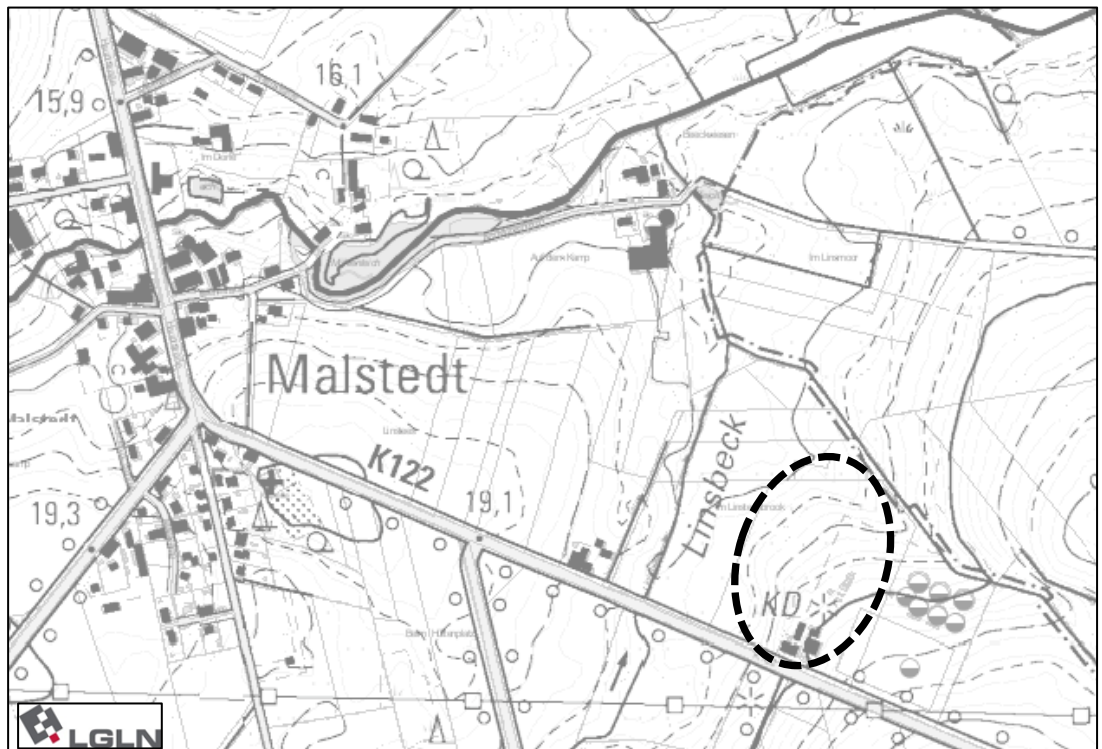


Abb. 1: Räumliche Lage des Plangebietes (Quelle: NIBIS Kartenserver)

3. STAND DER RÄUMLICHEN PLANUNG / PLANUNGSVORGABEN

3.1 Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Gemäß § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Daher werden im nachfolgenden die Ziele der Raumordnung und Landesplanung für die Gemeinde Deinstedt und das Plangebiet wiedergegeben, die dem Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen in seiner aktuellen Fassung (Stand: Änderung 2022) sowie dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP 2020) für den Landkreis Rotenburg (Wümme) zu entnehmen sind.

Gemäß dem **Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2022** erfolgt die Zuordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Metropolregion Hamburg. Das LROP enthält zudem folgende raumordnerische Zielvorgaben, die für die vorliegende Planung relevant sind:

1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes

1.1 01 *„In Niedersachsen und seinen Teilräumen soll eine nachhaltige räumliche Entwicklung die Voraussetzungen für umweltgerechten Wohlstand auch für kommende Generationen schaffen.“*

1.1 02 *„Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes sollen zu nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. [...]“*

1.1 05 *„In allen Teilräumen soll eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung erreicht werden. Bei allen Planungen und Maßnahmen sollen daher die Möglichkeiten der Innovationsförderung, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Erschließung von Standortpotenzialen und von Kompetenzfeldern ausgeschöpft werden und insgesamt zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen.“*

1.1 07 *„Die ländlichen Regionen sollen [...] mit ihren gewerblich-industriellen Strukturen [...] mit eigenem Profil erhalten und so entwickelt werden, dass sie zur Innovationsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft dauerhaft einen wesentlichen Beitrag leisten können. [...]“*

Die Entwicklung der ländlichen Regionen soll darüber hinaus gefördert werden, um insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen ein geeignetes Umfeld bieten zu können.“ [...]“

3.2 Entwicklung der Freiraumnutzungen

3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

3.2.1 01 *„Die Landwirtschaft soll in allen Landesteilen als raumbedeutsamer und die Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig erhalten und in ihrer sozio-ökonomischen Funktion gesichert werden.“*

Die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft soll gestärkt werden, wobei ökonomische und ökologische Belange in Einklang gebracht werden sollen. Bewirtschaftungsformen, durch die die Landwirtschaft eine besondere Funktion für den Naturhaushalt, die Landschaftspflege, die Erholung und die Gestaltung und Erhaltung der ländlichen Räume hat, sollen erhalten und weiterentwickelt werden.

[...]“

Das **Regionale Raumordnungsprogramm 2020** des Landkreises Rotenburg (Wümme) enthält folgende raumordnerische Vorgaben:

1.1 Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes

1.1 01 *„In allen Teilräumen des Landkreises Rotenburg (Wümme) sollen eine ausgewogene, vielfältige und langfristig wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur sowie ein entsprechendes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen vorhanden sein.“*

2.1 Entwicklung der Siedlungsstruktur

2.1 01 *„Es soll eine vielfältige, regionaltypische und ökologisch angepasste Siedlungsentwicklung erhalten und im Sinne der Nachhaltigkeit entwickelt werden. [...]“*

In der zeichnerischen Darstellung des RROP befindet sich das Plangebiet im Grenzbereich eines *Vorranggebietes für Trinkwassergewinnung*. Das RROP sagt zu Vorranggebieten aus, dass alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in diesen derart zu gestalten sind, dass sie mit der jeweils festgelegten vorrangigen Zweckbestimmung vereinbar sind.

Zugleich liegt das Plangebiet vollständig innerhalb eines *Vorbehaltsgebietes Landwirtschaft* aufgrund hohen Ertragspotenzials. Hier sollen alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen so abgestimmt werden, dass diese Gebiete in ihrer Eignung und besonderen Bedeutung möglichst nicht beeinträchtigt werden.

Südlich des Plangebietes ist eine *ELT-Leitungstrasse 110 kV* verzeichnet, welche als solche zu sichern ist.

Mit der vorliegenden Planung soll die funktionale Erweiterung eines bestehenden Standortes für die Erzeugung regenerativer Energien und nachhaltiger Behandlung landwirtschaftlicher Folgeprodukte vorbereitet werden.

Beeinträchtigungen der in der zeichnerischen Darstellung des RROP enthaltenen Vorgaben sind durch die vorliegende Planung insbesondere aufgrund der Kleinflächigkeit des Plangebietes nicht zu erwarten. Eine Beeinträchtigung des *Vorranggebietes Trinkwassergewinnung* ist nur in äußerst geringem Maße zu erwarten, da sich das Plangebiet innerhalb der Randlage („Pufferbereich“) des Vorranggebietes befindet und somit nur geringen Einfluss ausübt. Des Weiteren werden keine negativen Auswirkungen auf die Trinkwassergewinnung erwartet, da die natürliche Versickerung durch die im Plangebiet anstehenden lehmigen Böden eingeschränkt ist und durch das Regenrückhaltebecken des Bebauungsplanes Nr. 9 dem lokalen Wasserkreislauf erhalten bleibt.

Die südlich verlaufende *110-kV-Hochspannungs-freileitung* wird von der vorliegenden Planung nicht berührt.

Die Tatsache, dass auf Vorbehaltsflächen für die Landwirtschaft zurückgegriffen werden muss, ist einerseits der Notwendigkeit geschuldet, die Erweiterung des Betriebsstandortes räumlich unmittelbar anzuschließen. Andererseits trägt die Planung indirekt zur Unterstützung der Landwirtschaft im Allgemeinen, aber auch im speziellen Sinne des Ackerbaus bei, da nicht nur die Thematik überschüssiger Nährstoffgaben auf den Äckern, sondern auch die inzwischen häufig eintretenden Trockenheitseffekte mit der vorliegenden Planung ausgeräumt bzw. ihnen entgegen gewirkt werden soll.

Bereits im Rahmen der Bauleitplanung für die östlich angrenzenden Bauleitpläne wurde eine Vereinbarkeit mit den Inhalten und Zielen der Raumordnung und Landesplanung geprüft und festgestellt. Da die vorliegende Planung der Erweiterung der bestehenden Strukturen dienen soll ist davon auszugehen, dass auch diese den Inhalten und Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht entgegensteht.

3.2 Vorbereitende Bauleitplanung

Im geltenden Flächennutzungsplan ist das Plangebiet als *Fläche für die Landwirtschaft* dargestellt. Gleiches gilt für die sich nördlich, westlich und Teilbereiche der südlich anschließenden Flächen. Östlich und zu Teilen südlich unmittelbar angrenzend vom Plangebiet ist ein *Sondergebiet „Bioenergie“* dargestellt. Des Weiteren verläuft südlich die Kreisstraße 122 (K 122), die als *überörtliche Verkehrsstraße* dargestellt ist, sowie eine *110 kV-Hochspannungs-freileitung*.

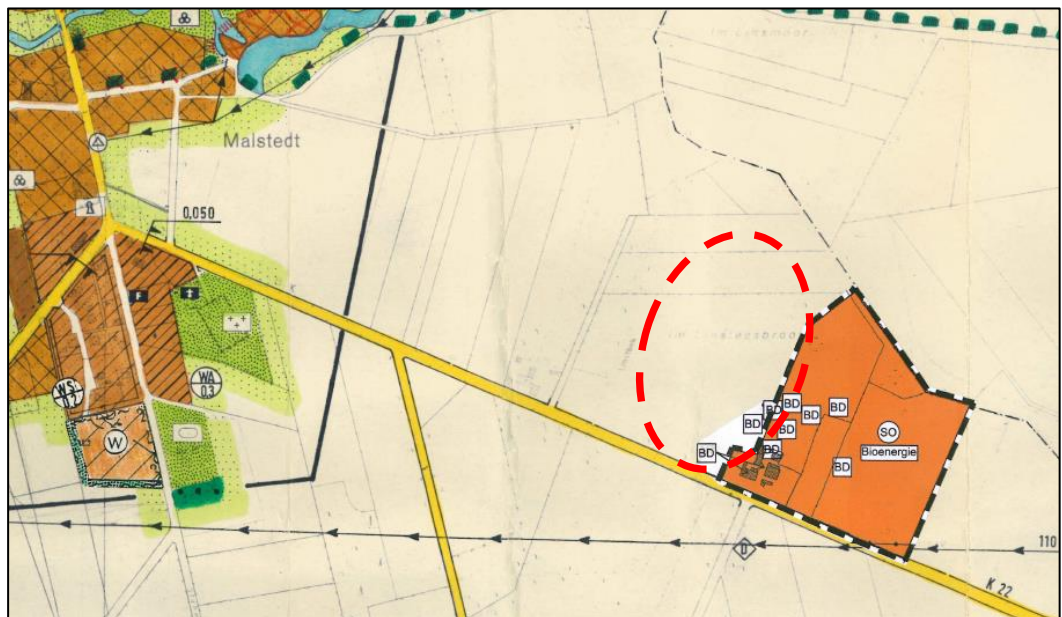


Abb. 2: Auszug aus dem geltenden Flächennutzungsplan (Das Plangebiet ist markiert)

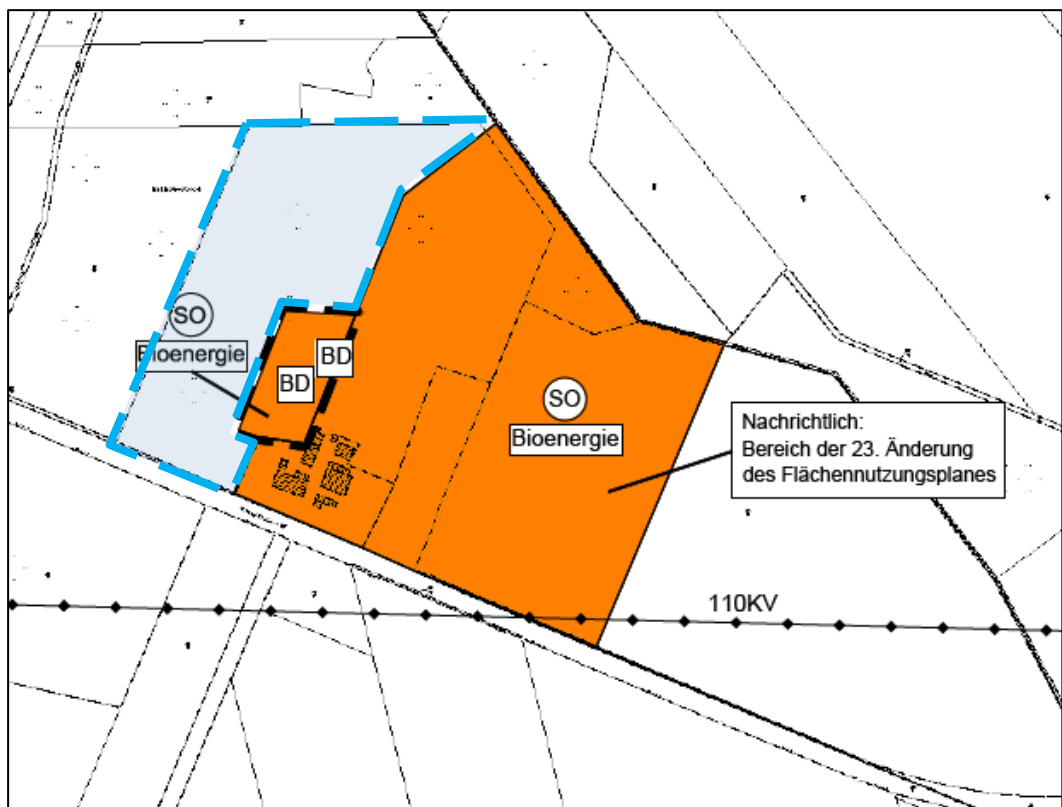


Abb. 3: 37. Flächennutzungsplan-Änderung (Planzeichnung, Auszug; das Plangebiet blau markiert)

3.3

Verbindliche Bauleitplanung

Für den Änderungsbereich selbst wurde bisher kein Bebauungsplan aufgestellt. Östlich grenzen jedoch die Geltungsbereiche der rechtswirksamen Bebauungspläne Nr. 9 „Bioenergie Malstedt“ und Nr. 10 „Erweiterung Bioenergie Malstedt“ an. Die vorliegende Planung dient der Fortentwicklung der dort durchgeführten Nutzung bzw. der Vorbereitung einer ergänzenden verbindlichen Planung der Gemeinde Deinstedt.

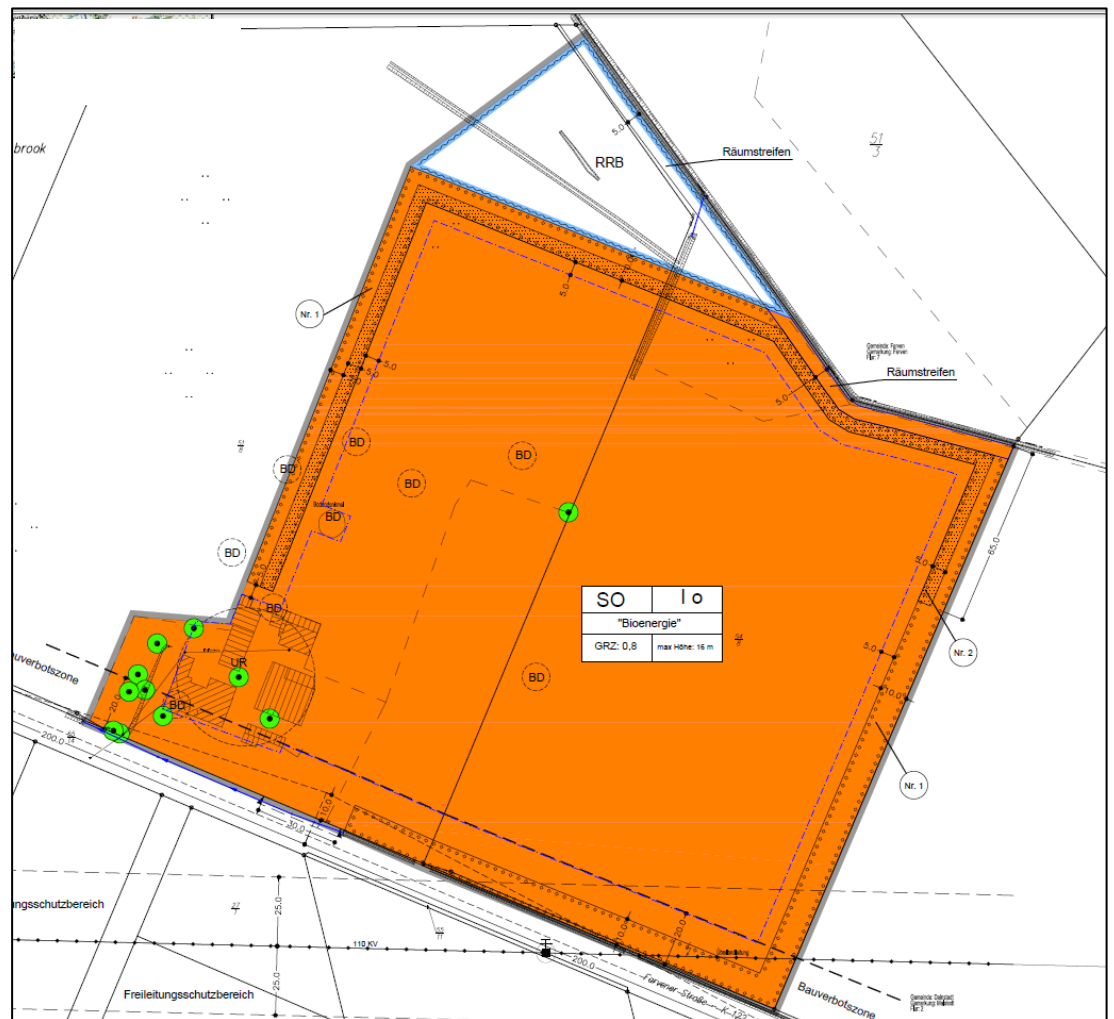


Abb. 4: Bebauungsplan Nr. 9 "Bioenergie Malstedt"

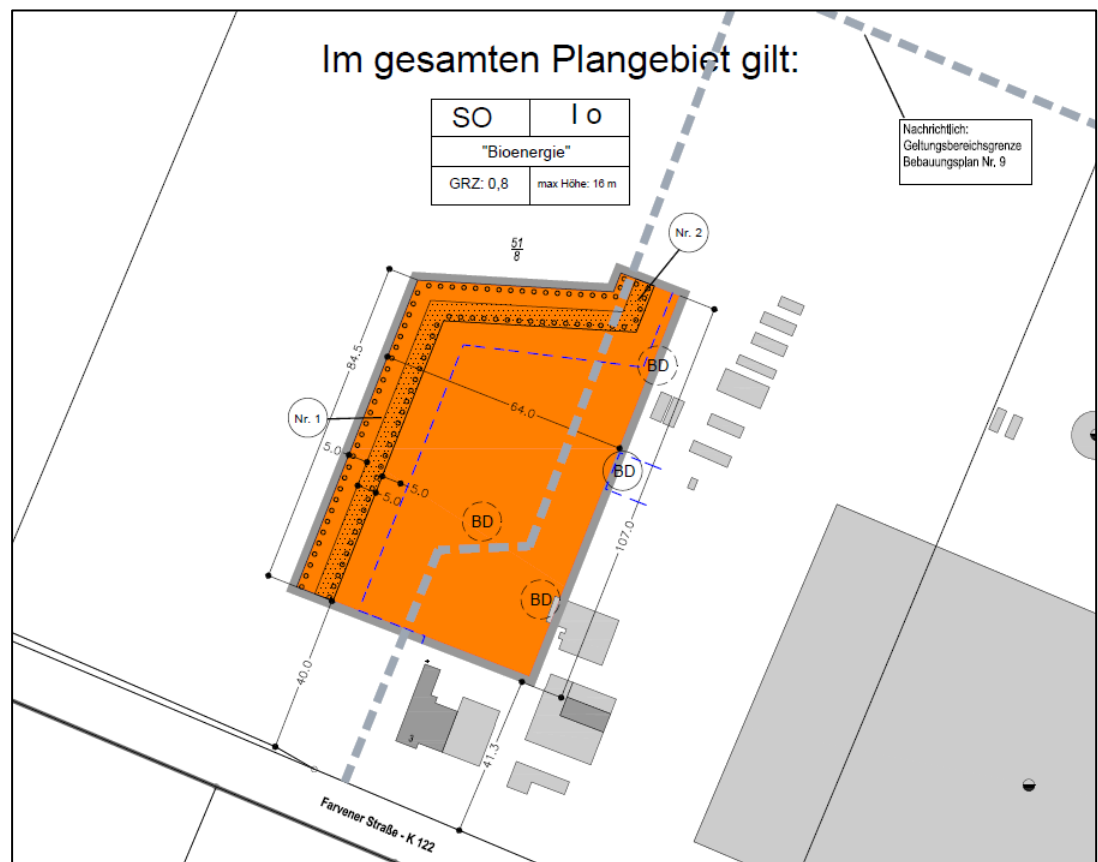


Abb. 5: Bebauungsplan Nr. 10 „Erweiterung Bioenergie Malstedt“

4. STÄDTEBAULICHE SITUATION

Die städtebauliche Situation im Bereich des Plangebietes und seiner näheren Umgebung wird einerseits durch den Biogasanlagenstandort der *AgroGas & Wärme GmbH & Co. KG* und dessen bauliche Anlagen – inklusive der Gebäude einer ehemaligen landwirtschaftlichen Hofstelle – geprägt. Andererseits stellt sich die weitere Umgebung als anthropogen überprägte, weitgehend ausgeräumte Agrarlandschaft mit einigen strukturgebenden Elementen wie beispielsweise Bäumen oder einem Bach mit randlicher Begrünung dar.

Der überwiegende Teil des Plangebietes selbst befindet sich in intensiver landwirtschaftlicher Bewirtschaftung. Entlang der nördlichen Grenze des Plangebietes verläuft ein offener Abzugsgraben im Regelprofil. Im südlichen, der dort verlaufenden Kreisstraße zugewandten Teil des Plangebietes befindet sich eine Streuobstwiese, die als Kompensationsmaßnahme für die östlich angrenzenden Bestands-Bebauungspläne hergerichtet wurde. Nördlich und westlich des Plangebietes schließen sich weitere landwirtschaftliche Flächen an.

5. PLANUNGSANLASS / PLANUNGSZIELE

Mit der vorliegenden Planung möchte die Samtgemeinde Selsingen und die Gemeinde Deinstedt eine weitere räumliche und funktionale Erweiterung des Biogasanlagenstandortes in der Ortschaft Malstedt ermöglichen und planungsrechtlich vorbereiten. Der Antragsteller und Betreiber der bereits vorhandenen Biogasanlage beabsichtigt, das Konzept der Erzeugung von regenerativer Energie und nachhaltigen Verwendung der hierbei anfallenden Reststoffe weiter zu verfeinern bzw. sinnvoll zu erweitern.

Bereits im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 9 wurde die Möglichkeit geschaffen, Anlagen zur Aufbereitung von (landwirtschaftlichen) Wirtschaftsdüngern sowie die Lagerung der daraus entstehenden Erzeugnisse zu errichten. Es hat sich aber zwischenzeitlich herausgestellt, dass das bei der Aufbereitung anfallende Wasser als Endprodukt aufgrund der möglicherweise darin enthaltenen, jedenfalls im Vorgriff auf die Produktion nicht ganz auszuschließenden Nährstofffrachten zur Zeit nicht ohne Weiteres in die umliegenden Vorfluter abgegeben werden kann. Zugleich wurde im Zusammenhang mit den jüngsten „Trockensommern“ deutlich, dass die Ackerbewirtschaftung im näheren räumlichen Umfeld von einer gesicherten Wasserversorgung profitieren kann.

Da einerseits die konzipierte (und im Rahmen eines laufenden Bauantragsverfahrens bereits spezifizierte) Aufbereitungsanlage einen vergleichsweise hohen und stetigen Output von täglich bis zu 330 m³ an Wasser hat und andererseits die Einlagerung zum Zwecke der Ausbringung in der Sommerzeit eine mehrmonatige Einlagerung erfordert wird eine verhältnismäßig großvolumige Speichereinrichtung benötigt. Je nach baulicher Umsetzbarkeit soll das Lager volumen zwischen 30.000 und 50.000 m³ betragen. Es bietet sich an, hierzu ein offenes Becken bzw. eine entsprechende Lagune zu errichten. Da der hier gegenständliche Änderungsbereich eigentumsrechtlich mit den bislang beplanten Bereichen zusammenhängt, in Teilen bereits für die rechtskräftigen Planungen herangezogen wurde (Kompensationsmaßnahme Streuobstwiese) und überdies dem natürlichen Gefälle folgend aus den bereits beplanten Bereichen ohne großen energetischen (Pump-)Aufwand beschickt werden kann drängt sich die Wahl des Standortes praktisch auf.

Aufgrund der dezentralen Lage des Plangebietes bedarf es im Grundsatz der Prüfung, ob eine Umsetzung auch innerhalb des Siedlungsbereiches der Gemeinde Deinstedt möglich ist und somit der Zielsetzung einer vorrangigen Innenentwicklung gem. § 1 Abs. 5 BauGB entsprochen werden kann. Das Plangebiet befindet sich außerhalb des zentralen Siedlungsbereiches der Ortschaft Malstedt, steht jedoch in klar dokumentiertem Zusammenhang mit einem im Bestand bereits vorhandenen Biogasanlagenbetrieb, dessen nachhaltigen Erweiterungsabsichten durch das Bauleitplanverfahren planungsrechtlich vorbereitet werden.

Im Vorfeld der Planung wurde eine Alternativenprüfung durchgeführt, im Rahmen derer in Erwägung gezogen wurde, ob die Anlagenbetreiber alternative Lageranlagen an anderer Stelle schaffen können. Diskutierte Alternativen stellten beispielsweise die Umnutzung von vorhandenen Güllesilos im Außenbereich, die Errichtung neuer (privilegierter) Lagerbehälter oder Lagunen im Außenbereich, die Errichtung der Lagerbehälter im Bereich der bereits verbindlich beplanten Sondergebietsflächen dar. Im Ergebnis sind die Gemeinde und Samtgemeinde zu der Auffassung gekommen, dass insbesondere vor dem Hintergrund des zu erwartenden stetigen Zuflusses und der insofern bei einer „externen Einlagerung“ notwendig werdenden erheblichen Transportaufwendungen die räumliche Erweiterung des Betriebsgeländes um das vorliegende Plangebiet die städtebaulich optimale und betrieblich sinnvolle sowie planerisch umsetzbare Lösung darstellt.

6. INHALT DER ÄNDERUNG

Eine ca. 2,56 ha große „*Fläche für die Landwirtschaft*“ wird in eine „*Sonderbaufläche Bioenergie*“ geändert.

7. PLANUNGSRELEVANTE BELANGE

7.1 Umwelt- und Naturschutz sowie Landschaftspflege

Durch die geplante Erweiterung des Betriebsstandortes wird es voraussichtlich zu Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden, Wasser sowie Pflanzen und Tiere (Biotope) im geringem Maße kommen, sodass Kompensationsmaßnahmen erforderlich werden.

Die im Änderungsbereich bereits vorhandenen Kompensationsmaßnahmen (Streuobstwiese) werden im Zuge der verbindlichen Planung thematisiert und abgesichert.

Eine Verbesserung bezüglich des Schutzgutes Mensch ist durch die Erzeugung regenerativer Energie festzustellen. Mit der Absicherung einer bestehenden Biogasanlage, der Schaffung moderater Erweiterungsmöglichkeiten und damit der Sicherstellung der Erzeugung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen (z. B.: pflanzliche und tierische Substrate) wird ein Beitrag zum globalen Klimaschutz geleistet und den Anforderungen des § 1a Abs. 5 BauGB dahingehend nachgekommen, dass Maßnahmen gefördert werden, die dem Klimawandel entgegenwirken.

Parallel zu den frühzeitigen Verfahrensschritten wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Deren Ergebnisse bzw. die Belange von Umwelt- und Naturschutz sowie der Landschaftspflege werden in einem Umweltbericht dargelegt, welcher dem Planentwurf angefügt werden wird.

7.2 Wasserwirtschaft

Zu den Belangen der Wasserwirtschaft ist anzuführen, dass die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplans zur Vorbereitung der Errichtung eines Lagerbeckens für nahezu reines (Prozess-)Wasser dient.

Durch den Änderungsinhalt entsteht Flächenversiegelung lediglich im Sinne eines offenen Lagerbeckens, in welchem das Wasser eingelagert wird, um schlussendlich auf landwirtschaftliche Nutzflächen ausgebracht zu werden.

Negative Auswirkungen auf die Belange der Wasserwirtschaft sind daher nicht zu erwarten.

7.3 Verkehr

Die verkehrliche Erschließung ist durch die südlich gelegene Kreisstraße 122 („Farvener Straße“) bereits im Bestand sichergestellt.

Die Belange des Verkehrs werden durch die vorliegende Planung nicht negativ berührt.

7.4 Wirtschaft

Durch die planungsrechtliche Erweiterung der Lagerkapazitäten der bestehenden Biogasanlage werden die Belange der Wirtschaft positiv berührt, da durch die Planung ein regional verankerter Betrieb gestärkt werden kann.

Des Weiteren wirkt sich die Planung auch positiv auf weitere (landwirtschaftliche) Betriebe in der Region aus, da einerseits die geplante Aufbereitung von Wirtschaftsdüngern den Betriebe dazu dienen kann, die düngerechtlichen Vorgaben umzusetzen und andererseits das eingespeicherte Wasser in Trockensommern zur Bewässerung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen dienen soll.

7.5 Freizeit / Erholung / Tourismus

Die Belange von Freizeit, Erholung und Tourismus werden durch die vorliegende Planung lediglich geringfügig berührt, da das Landschaftsbild und der Blick in die offene Geestlandschaft bereits durch die bestehende Biogasanlage beeinträchtigt werden. Die Nutzung des Rad- und Fußweges ist auch weiterhin uneingeschränkt möglich.

7.6 Immissionsschutz

Bezüglich der Belange des Immissionsschutzes ist auszuführen, dass die Auswirkungen der von der Biogasanlage erzeugten Lärm- und Geruchsemissionen auf die nächstgelegene Wohnbebauung (als Bestandteil landwirtschaftlicher Hofstellen) bereits in der Bestandsnutzung gering ausfallen. Dies wird bedingt durch die räumliche Entfernung zur nächstgelegenen schutzwürdigen (Wohn-)Bebauung. Begünstigt wird die Immissionssituation durch die Lage der Wohnbebauung außerhalb der Hauptwindrichtung (Südwest). Die bestehende Biogasanlage hat zudem ein Genehmigungsverfahren nach BImSchG durchlaufen. Immissionskonflikte durch Geruchsmissionen sind im Bestand nicht bekannt geworden.

Durch die planungsrechtliche Vorbereitung zur Schaffung zusätzlicher Lagerkapazitäten für nahezu reines (Produkt-)Wasser ist nicht davon auszugehen, dass sich die Emissionen der Gesamtanlage wesentlich erhöhen werden. Immissionskonflikte zwischen der vorliegenden Planung und der schützenswerten Wohnbebauung werden daher auch weiterhin nicht erwartet. Die Gemeinde wird bei der Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung die zulässigen Nutzungen entsprechend festsetzen.

7.7 Denkmalschutz

Die Belange des Denkmalschutzes sind insofern berührt, als dass sich in räumlicher Nähe des Geltungsbereiches mehrere Bodendenkmale (Hügelgräber sowie ein Urnengräberfeld) befinden. Erkenntnisse über vorhandene Bodendenkmale in der näheren Umgebung des Plangebietes wurden im Rahmen der vorhergehenden Bauleitplanverfahren gesammelt.

Es wird ein nachrichtlicher Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen um zu gewährleisten, dass die potenzielle Bedeutung des Geltungsbereiches im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt wird.

7.8 Ver- und Entsorgung

Mit der vorliegenden Planung soll ein aktiv bewirtschaftetes Betriebsgelände einer bestehenden Biogasanlage mit zugeordneten Nutzungen räumlich erweitert werden. Da diese bereits an das Ver- und Entsorgungsnetz angeschlossen ist, ist ein Anschluss des Plangebietes ohne größeren Aufwand möglich.

Die Belange der Ver- und Entsorgung werden nicht negativ berührt.

8. UMWELTBERICHT

Der Umweltbericht befindet sich in Erarbeitung und wird Bestandteil der Entwurfsfassung der Planunterlagen.

Die Begründung wurde gemäß § 5 Abs. 5 BauGB zusammen mit dem Umweltbericht gemäß § 2a BauGB im Auftrage der Samtgemeinde Selsingen ausgearbeitet:

Bremen, den 29.11.2023

instara
Institut für Stadt- und Raumplanung
Vahrer Straße 180 28309 Bremen

.....

Selsingen, den

.....

(Kahrs)

Samtgemeindebürgermeister

Verfahrenshinweise:

1. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom bis in Form einer Auslegung statt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom bis
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht haben gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom bis zusammen mit der Planzeichnung öffentlich ausgelegt.

Selsingen, den

.....

(Kahrs)

Samtgemeindebürgermeister